Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 258. Freitag den 15. September 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem die in Gemäßheit §. 3 des Gemeinde-Anlagen-Regulativs der Stadt Leipzig getroffene Bestimmung, nach welcher jeder Grundstücksbesitzer bezüglich dessen Stellvertreter gehalten sein soll, die in ihren Grundstücken eingetretenen Miethe- resp. Zinsveränderungen nicht mehr beim Quartieramte, sondern nur bei der Stadtsteuer-Einnahme einzureichen, den für diese erhofften Nutzen nicht gehabt hat, so wird dieselbe hiermit wieder aufgehoben.

Um jedoch das Verzeichniß der Einquartierungspflichtigen und der zur Einquartierung geeigneten Räume in Ordnung zu erhalten, geben wir den Hausbesitzern und Administratoren hiermit auf, jede in ihren Hausgrundstücken eingetretene Miethe- resp. Zinsveränderung längstens 8 Tage nach deren Eintritt bei unserem Quartieramte (Stadthaus, Ostmarkt Nr. 3, im Erdgeschoß, Zimmer Nr. 55) schriftlich anzumelden.

Jede Unterlassung oder Versäumniß dieser Vorschrift wird mit einer Geldstrafe von 15 ℳ geahndet werden.

Leipzig, am 6. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. L.

Bekanntmachung.

Während des Baues des Weges von der Marienbrücke über die Mäckernschen Wiesen wird die Marienbrücke für den Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 12. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Mosaikpflaster in der Plagwitzer Straße, auf deren Strecke zwischen der Hiller- und Hauptmannstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Mosaikpflaster in der Plagwitzer Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. September d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 13. September 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Granit-Trottoirs in der Plagwitzer Straße, auf deren Strecke von der Hiller- bis zu der Hauptmannstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoirs in der Plagwitzer Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. September d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 13. September 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Königliche Baugewerkenschule in Leipzig.

Der Unterricht in dem bevorstehenden **Wintersemester** beginnt
Donnerstag, den 5. October, früh 8 Uhr.

Die Prüfung der Neueintretenden, welche sich unmittelbar für einen höheren Cursus melden, sowie Derjenigen, bei welchen das Aufrücken von einer Nachprüfung abhängig ist,
ist auf Sonnabend, den 30. September, früh 8 Uhr,
die Prüfung der für den 1. Cursus sich Meldenden auf
Montag, den 2. October, früh 8 Uhr
festgesetzt.

Neueintretende haben ihre Anmeldung **schriftlich oder persönlich** bis **zum 30. September** beim Director, **Leibnizstraße Nr. 25,** zu bewirken.

Zur Aufnahme ist erforderlich:
1) das vollendete 16. Lebensjahr;
2) eine mindestens auf **zwei Halbjahre ausgedehnte praktische** Beschäftigung im Baugewerke;
3) ein Zeugniß über gutes Verhalten
und 4) für den Eintritt in den ersten Cursus **eine Vorbildung,** wie sie als Ziel der Volksschule festgesetzt ist. **Dies ist nachzuweisen:** Durch Geburts- oder Taufzeugniß, durch Zeugniß des Lehrherrn, durch das letzte Zeugniß der zuletzt besuchten Schule und durch die Aufnahme-Prüfung; sonst ist noch ein Impfschein beizubringen.

Zu dem ersten Cursus können ohne Prüfung **Diejenigen eintreten,** welche ein Zeugniß mit guten Fortschrittscensuren über den Besuch der dritten (oder einer höheren) Classe einer Realschule I. Ordnung, ein die gleiche Ausbildung bekundendes Zeugniß einer anderen öffentlichen Bildungsanstalt, oder die **wissenschaftliche Qualification** für den einjährigen Freiwilligen-Dienst beibringen.

Für Solche können dann die Bedingungen **unter 1 und 2** herabgemindert werden.

Frühere Schüler der Anstalt, welche in einen **höheren Cursus** eintreten wollen, und berechtigt sind, **Dies ohne Nachprüfung** zu thun, haben sich mit einem Zeugniß über ihre **praktische Thätigkeit** im letzten Halbjahre
Dienstag, den 3. October, zwischen 8 und 10 Uhr
im Schullocale (Directorialzimmer) vorzustellen.

Die Direction der Königl. Baugewerkenschule in Leipzig.
Wilh. Hey.

Bekanntmachung.

Armenhausbau.

Die **Zimmer- und Steinmetzarbeiten zum Armenhausbau** sollen vergeben werden. Kostenanschläge sind im Gemeindeamte, wo auch die Bedingungen zur Einsichtnahme ausliegen, in Empfang zu nehmen und daselbst bis **21. dss. Mts.** mit der Aufschrift „Armenhausbau" versiegelt wieder abzugeben. Die Auswahl unter den Submittenten bleibt vorbehalten.

Reudnitz bei Leipzig, am 14. September 1882.

Der Gemeinderath.
Dietrich, Gemeinde-Vorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Colonienfrage.

Die Colonienfrage nimmt seit Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland in ungewöhnlichem Grade in Anspruch; Vereine werden gegründet, um die Colonisationsbestrebungen populär zu machen; in den Programmen der politischen Parteien, in der Tagespresse wird auf die Wichtigkeit der Sache hingewiesen; die gelehrte Literatur über den Gegenstand schwillt ins Massenhafte an; aber über die akademische Erörterung hinaus zu irgend einem praktischen Anfang und Versuch sind wir bisher nicht gelangt.

Der Gedanke der Erwerbung von Colonien hat kaum ausgesprochene Gegner; aber er bleibt immer eine platonische Liebe. Alljährlich sehen wir Tausende und Hunderttausende von Landsleuten übers Meer ziehen und brechen in Klagen aus, daß diese Kräfte dem Mutterlande so gut wie verloren gehen; wenn aber einmal irgend ein Vorschlag zu einem praktischen Vorgehen in der Colonisationsfrage gemacht wird, so erschrecken wir gleich über das Phantastische, Abenteuerliche, Gefährliche solcher Zumuthungen. Und wenngleich vor unsern Augen auch heutzutage noch Engländer, Franzosen, selbst Italiener, Spanier, Holländer sich neue Colonialgebiete erwerben, das bescheidene Gemüth unseres Volkes läßt sich doch nicht ausreden, daß für Deutschland nichts mehr vorhanden sei. Die Schuld, daß wir in dieser Hinsicht auch nicht einen Schritt vorwärts kommen, liegt einmal an der Regierung, deren Interesse in dieser Frage keineswegs lebhaft genug ist und sich mit der unglückseligen Samoa-Affäre erschöpft zu haben scheint, sodann aber an einem Mangel an privatem Unternehmungsgeist. Vor Unternehmungen, für die sich in England und Frankreich leicht Capital und Wagelust findet, schrecken Deutsche als vor etwas Ungewohntem und Abenteuerlichem zurück.

Man braucht bei Colonialprojecten nicht allemal an die Unterjochung fremder Staatsgebiete mit Waffengewalt zu denken, obwohl es auch an Beispielen hiervon in der neusten Geschichte Englands und Frankreichs nicht fehlen würde. Es giebt auch andere, friedlichere, wenn auch langsamere Wege zu dem Ziele, Wege, die vom privaten Unternehmungsgeist zuerst beschritten werden müssen. „Einer politischen Annexion muß heutzutage, soll eine gesunde Colonisation geschaffen werden, eine Besitzergreifung durch Private vorausgehen. Einzelne Häuser oder Gesellschaften müssen Factoreien errichten, welche, wenn sie gedeihen und an Ausdehnung gewinnen, später den staatlichen Schutz des Mutterlandes erhalten." So schreibt ein sehr berufener Beurtheiler, Gerhard Rohlfs, der in einem Aufsatz: „Welche Länder können Deutsche noch erwerben?" im neuesten Hefte der ausgezeichneten, von Rudolf von Gottschall herausgegebenen Zeitschrift „Unsere Zeit" sich über den in Rede stehenden Gegenstand verbreitet. Rohlfs weist dabei auf die Art hin, wie die Engländer jetzt eben die Besitzergreifung von Borneo vorbereiten und untersucht dann, wo für deutsche Niederlassungen, die dann später vielleicht in Staatsbesitz übergehen könnten, noch Raum sei. Er sieht dabei von Ländern ab, die einigermaßen civilisirte Regierungen und Staatszustände besitzen, so wünschenswerth auch im Interesse der Cultur und Humanität eine europäische Oberherrschaft wäre, wie in Abessinien, Marokko, Tripolitanien, Korea u. A. Er weist vielmehr auf geradezu herrenlose große Gebiete hin wie die ausgedehnte Insel Neuguinea, namentlich aber den afrikanischen Continent, an dessen Küste noch immer weite Strecken der Besiedelung durch Handelsfactoreien harren und den Zugang zu dem productenreichen Hinterland eröffnen würden.

Rohlfs führt eine ganze Reihe derartiger Küstengegenden im Osten und Westen Afrikas an. Aber auch hier dringen Engländer und Franzosen alljährlich mehr vor und Zeit ist nicht mehr zu verlieren. „Unsere Kaufleute lieben es nicht", sagt er, „Factoreien, Comptoire oder Cultivationspuncte anzulegen, welche vielleicht erst nach einem Jahrzehnt Gewinn abwerfen. So unternehmend der Handelsstand in den hanseatischen Städten ist, so etablirt er seine überseeischen Handelshäuser ausschließlich in solchen Ländern, welche schon von irgend einer anderen europäischen Macht staatlich annectirt worden sind. Giebt es irgend eine deutsche Factorei, welche auf herrenlosem Gebiet gelegen wäre? Man geht nach Amerika, nach Australien, nach China, nach Japan, auch nach Afrika, aber immer erst dann, wenn die anderen Mächte geordnete und sichere Zustände geschaffen haben. Ein selbstständiges Vorgehen, ein Gründen von Factoreien in herrenlosen Ländern, wie die französischen, britischen und holländischen Kaufleute es thun, wie die spanischen und portugiesischen es thaten, kennen die deutschen Kaufleute nicht." Rohlfs spricht sich insbesondere auch sehr bitter über die großen Opfer an Geld und Arbeit aus, welche die deutsche Afrikaforschung alljährlich in Anspruch nimmt, ohne den geringsten praktischen Nutzen zu schaffen; er fordert, daß den humanitairen und wissenschaftlichen Bestrebungen jetzt endlich auch ein praktischer Hintergrund mit nationalem Nutzen gegeben werde. „Bis jetzt hat man Stationen im Innern errichtet, auf Ländereien oder Gebieten, welche unmöglich Deutschland zufallen können, weil die Küste schon vergeben ist. Wenn Deutschland Nutzen haben soll von den Summen, welche es alljährlich für die Erforschung Afrikas verausgabt, so muß man nun an die Thätigkeit der Afrikanischen Gesellschaft nur auf solchen Gebieten sich entfalten, wo man, frei von Concurrenz, sich der Hoffnung hingeben kann, diese Ländereien einst in deutschem Besitz zu wissen." „Zehn Jahre hat Deutschland verstreichen lassen; ist dieser Zeitraum noch einmal verflossen, so wird es für immer zu spät sein."

Mit dieser beherzigenswerthen Warnung schließt der berühmte Forschungsreisende seine Betrachtungen.

Leipzig, 15. September 1882.

Die Kaiserfeste in Schlesien sind zu Ende und Kaiser Wilhelm weilt bereits bei uns in Sachsen, um den Uebungen des XII. Armeecorps beizuwohnen. Ueber die Festlichkeiten in Breslau wird uns von dort noch vom Mittwoch gemeldet: „Auf die Begrüßungsansprachen des Oberbürgermeisters und des Stadtverordnetenvorstehers beim Empfange Sr. Majestät bei dem Feste im Stadttheater erwiderte der Kaiser mit herzlichen Worten, indem er aussprach, wie sehr ihn das ganze Verhalten der Bevölkerung Breslaus, dieser Empfang und diese Kundgebungen aufrichtiger Volksliebe und Treue erfreut und gerührt hätten, und wie dankbar er der Stadt und ihren Vertretern dafür sei. Se. Majestät stieg sodann die Treppe hinauf und wandte sich im Mittelsaale des Foyers zu den Ehrenjungfrauen und der Frauendeputation, an deren Spitze die Frau des Stadtverordneten-Vorstehers Beyersdorf und Frau Stadträthin Korn die Honneurs machten. Nachdem im Foyer der Thee eingenommen war, betrat Se. Maj. der Kaiser mit dem österreichischen Kronprinzen und den übrigen Fürstlichkeiten unter den Klängen der Nationalhymne die große Mittelloge und nahm mit den übrigen Fürstlichkeiten und dem Gefolge Platz, worauf das Concert begann. Während desselben saß Se. Maj. der Kaiser zwischen der deutschen und der österreichischen Kronprinzessin, im Hintergrunde hatte Se. k. k. Hoheit der deutsche Kronprinz Platz genommen, während in den Nebenlogen der Großfürst Wladimir mit der Prinzessin Albrecht und der Kronprinz Rudolf mit der Großfürstin Wladimir saßen. Im ersten Range war die eine Seite für die fremdherrlichen Officiere, die andere für die Generalität, die Spitzen der Behörden und andere distinguirte Persönlichkeiten bestimmt. Bemerkt wurden Minister v. Puttkamer, Graf Moltke, der Kriegsminister v. Kameke und Andere. Se. Majestät verließ um 10½ Uhr das Fest, nachdem er dem Stadtverordnetenvorsteher seine Befriedigung über dasselbe ausgesprochen hatte. — Das Feldmanöver des V. und VI. Armeecorps bei Groß- und Klein-Naake nahm einen höchst glänzenden Verlauf. Se. Majestät der Kaiser, welcher auch dort wieder den Truppen die Directive gab, hatte den Kronprinzen Rudolf, den Feldmarschall Grafen Moltke und den General Grafen Waldersee an seiner Seite und folgte den Bewegungen der Truppenkörper bis zum entscheidenden Momente mit größter Spannung. Das Manöver endigte mit einem Siege des VI. (schlesischen) Armeecorps unter General v. Blumenthal, der für seine Führung ein allgemeines Lob des Kronprinzen als obersten Schiedsrichters erntete. Die heutigen Manöver bildeten den Beschluß der diesjährigen Herbstübungen. Noch auf dem Manöverterrain fanden seitens Sr. Majestät des Kaisers, bevor Allerhöchstderselbe mit dem Kronprinzen Rudolf zur Stadt zurückkehrte, eine größere Anzahl Beförderungen und Ordensverleihungen statt. Die Truppen des V. und VI. Armeecorps haben den Rückmarsch in ihre Garnisonen angetreten, resp. werden per Bahn dorthin zurückkehren. — Der Oberpräsident von Seydewitz veröffentlicht folgenden (bereits kurz erwähnten) Dank Sr. Maj. des Kaisers an die Provinz Schlesien: „Die Tage Meiner Anwesenheit in Breslau und in Schlesien während der diesjährigen großen Herbstübungen neigen sich zu Ende und will Ich aus dieser Stadt und aus der schönen Provinz nicht scheiden, ohne aus bewegtem Herzen Meine Freude und Meinen Dank zum Ausdruck zu bringen für die zahlreichen Beweise von Liebe und treuer Anhänglichkeit, welche Mir auf Schritt und Tritt von allen Kreisen der Einwohner entgegengebracht sind. Indem Ich Sie beauftrage, dies allgemein bekannt zu machen, füge Ich hinzu, wie auch die Meldungen über die durchweg freundliche und gute Aufnahme, welche den Truppen der beiden zu den Uebungen vereinigt gewesenen Armee-Corps überall in der Provinz zu Theil geworden ist, Meine warme Anerkennung gefunden haben. Breslau, 13. September 1882. (gez.) Wilhelm. — Seine Majestät der Kaiser hat auch dem Oberbürgermeister von Breslau Friedenburg den Rothen Adlerorden 3. Classe mit der Schleife, dem Stadtverordnetenvorsteher Beyersdorf den Rothen Adlerorden 4. Classe verliehen. — Kronprinz Rudolf und Kronprinzessin Stephanie von Oesterreich empfingen am Dienstag Abend eine Deputation des Breslauer Hilfsvereins „Austria". Der Kronprinz spendete der Unterstützungscasse des Vereins 1000 ℳ Am Mittwoch ist sodann das österreichische Kronprinzenpaar nach Prag zurückgekehrt".

Die telegraphisch erwähnte Correspondenz zwischen dem Frhrn. v. Thüngen-Roßbach und dem Fürsten Bismarck lautet:

Der heute dahier unter freiem Himmel gegründete fränkische Bauernverein sendet Euer Durchlaucht seinen ehrerbietigsten Gruß und spricht die Hoffnung aus, daß Gott Ihnen Leben und Gesundheit erhalten wolle zur Durchführung Ihrer großen, wahrhaft freisinnigen Gedanken über Steuer- und Socialreform, trotz des unverständigen und kleinlichen Widerstandes selbstsüchtiger Interessenkreise. Der deutsche Bauer, wie überhaupt alles, was ehrlich arbeitet und schafft im deutschen Reiche, wird und muß, wenn nicht verführt und mit Blindheit geschlagen, Euer Durchlaucht treu zur Seite stehen im Kampfe gegen kurzsichtige und verkommene politische Krähwinkelei und parlamentarische Herrschergier. Namens des Vereins v. Thüngen-Roßbach, Vorstand.

Auf dieses Telegramm traf folgende telegraphische Antwort des Reichskanzlers ein:

Euer Hochwohlgeboren freundliches Telegramm habe ich mit verbindlichstem Dank erhalten. Ich theile Ihre Hoffnung, daß alle Bauern, welche zur selbstständigen Prüfung ihrer Interessen gelangen, mit praktischem Verstande das Richtige wählen werden, und sehe in jedem Bauernverein, der gegründet wird, ein neues Organ kräftiger Selbstständigkeit. v. Bismarck.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Im Widerspruch mit entgegengesetzten Localnachrichten müssen wir mit Bedauern bestätigen, daß das Befinden des Herrn Reichskanzlers sich nicht gebessert hat, derselbe leidet nach wie vor an heftigen neuralgischen Schmerzen, welche seine Betheiligung an den Geschäften verhindern."

An Stelle des Herrn v. Schlözer ist der bisherige Gesandte in Japan, Herr v. Eisendecher, zum Gesandten in Washington ernannt.

Zu den preußischen Wahlen wird uns aus Berlin vom Donnerstag geschrieben: „Eine Zeit lang konnte es den Anschein haben, als ob das gute Beispiel, welches von den beiden liberalen Parteien in Elberfeld-Barmen durch das Compromiß über die Aufstellung der Candidatur Strücker und Westerburg gegeben war, für das übrige preußische Land in Folge der in Schleswig-Holstein zwischen Hänel und Richter ausgebrochenen Differenzen und des Leipziger Zwistes zwischen Fortschritt und Secession ganz ohne Wirkung bleiben würde. Das ist indeß glücklicherweise nicht der Fall gewesen, und heute schon kann man eine ganze Reihe von Wahlkreisen in den verschiedensten Provinzen namhaft machen, in denen ein Zusammengehen von zwei oder allen drei liberalen Gruppen, das sich auch in der Auswahl der Candidaten documentirt, vollständig gesichert ist. So haben sich in Königsberg bereits Fortschrittler und Secessionisten über die Wiederwahl von Benda, Quadt (F.) und Kiechle (S.) geeinigt, ebenso werden in Pr. Eylau-Heiligenbeil Plathen (S.) und Chefredacteur Michels von Königsberg (F.) als gemeinsame liberale Candidaten aufgestellt werden. In Westpreußen herrscht in Danzig, Elbing-Marienburg und Rosenberg-Graudenz die vollkommenste Einigkeit über die Wiederwahl von Rickert, Trawe (S.) und Steffens (F.) resp. Bollerthun (S.) und Wietwalt (F.) resp. v. Katzler (R.-L.) und Schwackenburg (F.). Auch in Kulm-Thorn, wo man die Candidaten noch nicht nominirt hat, ist ein einiges Vorgehen aller Liberalen durchaus gesichert. Indeß war in allen den genannten Wahlkreisen ein Kampf zwischen den liberalen Richtungen nicht ernstlich zu befürchten, anders stand es dagegen mit Görlitz-Lauban und der Stadt Magdeburg, wo erst nach langem feindseligen Geplänkel eine Einigung auf der Basis erfolgt ist, daß in Görlitz-Lauban ein Fortschrittler (Paur), ein Secessionist (Luders), ein Nationalliberaler (Burghardt) und in Magdeburg ein Nationalliberaler (Gärtner) und ein Fortschrittsmann (Büchtemann) gewählt werden. Auch in dem früheren Kurhessen, wo es nur Wahlkreise mit je einem Abgeordneten giebt, scheinen die liberalen Parteien untereinander ihre Unterstützung austauschen zu wollen, so stimmen in Hanau die Nationalliberalen für den fortschrittlichen Vicebürgermeister Nickel und umgekehrt in Kassel wahrscheinlich die Nationalliberalen für den von der Fortschrittspartei noch aufzustellenden Candidaten. — Delegirte der freiconservativen Partei aus den Provinzen treten morgen hierselbst zu einer Besprechung zusammen, in welcher über die Taktik bei den bevorstehenden Wahlen berathen und event. auch ein Wahlprogramm entworfen werden soll. Der Pflicht, sich in formulirten Aufrufen an die Wählerschaft zu wenden, wird sich diesmal wohl keine Partei entziehen. Von dem Centrum ist es schon seit längerer Zeit bekannt, daß es noch während der Reichstagssession ein Programm fertig gestellt habe und nur auf den Tag der Proclamation des Wahltermins warte, um dasselbe zu veröffentlichen. Die Deutschconservativen dürften sich durch die Wendung in der Steuerpolitik der Regierung, wie sie von der „Provinzial-Correspondenz" signalisirt worden ist, zu einer recht erheblichen Umarbeitung der Ansprache an die Wählerschaft genöthigt sehen, welche sie beim Schluß der Landtagssession als für sie bindend publicirt hatten und in der ihr Programm für die neuen Wahlen niedergelegt sein sollte."

Nachdem der von nationalliberaler Seite als Candidat für das preußische Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg aufgestellte Rittergutsbesitzer Neuhaus die Annahme eines Mandats abgelehnt, ist als Candidat der gemäßigt Liberalen Amtsrichter Lisco in Nixdorf aufgestellt worden. — In Köln hat sich ein nationalliberaler Verein gebildet, der alsbald nach seinem Zusammentritt mehrere hundert Mitglieder zählt.

Die „Provinzialcorrespondenz" ist an ihrem gewöhnlichen Erscheinungstage nicht ausgegeben worden, sondern wird erst Freitag an die Oeffentlichkeit treten. Es ist fast selbstverständlich, diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß die Redaction mit einer Erwiderung auf die zahlreichen Angriffe gegen ihren famosen Capitalartikel und einer Erläuterung desselben nicht fertig geworden ist. Um so mehr darf man auf die morgige Arbeit gespannt sein. Gutmachen wird sie das Unheil jedenfalls nicht mehr. Im eigenen Interesse der Regierung wäre es gelegen, sie ließe die nächste Nummer ihres halbamtlichen Blattes erst nach den Wahlen erscheinen. Sagt doch selbst die freiconservative „Post": „Die Regierung hat Jahre lang in der „Prov.-Corresp." eine sehr mächtige Unterstützung gefunden. Man kann nicht behaupten, daß die Vorgänge der letzten vier Wochen die Autorität dieses Blattes förderten". — Was uns anbetrifft, so halten wir dieses Agitationsblatt überhaupt für überflüssig.

Die commissarischen Berathungen bezüglich des Entwurfs des preußischen Staatshaushalts-Etats, welche zwischen den Delegirten der einzelnen Ressorts mit dem Finanzministerium stattfinden, werden, so schreibt man der „N.-Z.", in der nächsten Woche wieder aufgenommen und gegen Ende dieses Monats schließen. Wie man hört, stellen sich die Etatsabschlüsse günstiger, als man anfänglich anzunehmen geneigt war; wenigstens sind in letzter Zeit Bewilligungen zugestanden worden, denen man noch vor Kurzem sich abgeneigt gezeigt hatte. Es bestätigt sich, daß von weiterer Verstaatlichung von Eisenbahnen nicht die Rede ist; dagegen hört man, daß Unterhandlungen über weitere Secundärbahnbauten schweben. Bezüglich der Canalbauten hat man sich noch in keiner Weise schlüssig gemacht, doch wird die Absicht festgehalten, die Frage wieder an den Landtag zu bringen.

Zur Erweiterung der Competenz der Amtsgerichte wird uns aus Berlin geschrieben: „An den Reichstag wird, wie wir erfahren, demnächst eine interessante Petition gelangen, in welcher ein Gesetz, betr. die Erweiterung der Competenz der Amtsgerichte, als dringlich bezeichnet wird. Die Eingabe verdankt ihr Entstehen einer Anregung, die aus den Kreisen der sächsischen Gewerbevereine ergangen ist, und dürfte behufs Sammlung möglichst zahlreicher Unterschriften binnen Kurzem in weitere Circulation gesetzt werden. Der Grundgedanke der angeregten Neuerung ist folgender: Gegenwärtig gehören vor das Forum der Amtsgerichte nur Streitigkeiten über einen Werth bis zu 300 ℳ; Processe betr., höhere Summen müssen vor dem Landgericht ausgefochten werden. Entstehen nun schon durch das entferntere Landgericht erhöhte Kosten, so geschieht das noch um so mehr, als vor dem Landgericht der Anwaltszwang herrscht, das heißt jede Partei durch einen Anwalt vertreten sein muß. So kommt es, daß beispielsweise bei einem Processe über ein Object von 400 ℳ die Kosten ungefähr 70 ℳ betragen, nämlich 40 ℳ Anwalts- und 30 ℳ Gerichtskosten. In der Erwägung nun, daß viele Handwerker, kleine Kaufleute, kleine Fabrikanten ꝛc. Processe über Objecte bis zu 500 ℳ auszutragen haben, würde es sich nach Ansicht der Urheber jener Ideen empfehlen, die Competenz der Amtsgerichte auf Objecte bis zu 500 ℳ auszudehnen. Diese würden somit vom Anwaltszwang losgelöst und dadurch eine ganz erhebliche Entlastung an Kosten und Zeitaufwand bewirkt werden. Der Gedanke hat, wie wohl nicht geleugnet werden kann, manherlei für sich. Ob er praktisch durchführbar ist, ohne die ganze Organisation der Gerichte schwer zu erschüttern, muß allerdings von einer sehr eingehenden Prüfung abhängig gemacht werden, die weder leicht noch schnell zu bewerkstelligen wäre."

In der zu Frankfurt a. M. stattgefundenen zweiten Sitzung der Generalversammlung deutscher Katho-

SLUB
Wir führen Wissen.